

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Kosovo-Statusverhandlungen noch 2006 zu erfolgreichem Abschluss bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine endgültige völkerrechtliche Statusregelung für den Kosovo ist für die Stabilisierung des Kosovo und der gesamten Balkanregion unverzichtbar. Nur durch eine dauerhaft tragfähige und verlässliche Statusregelung kann es zu einer positiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im Kosovo kommen. Deshalb begrüßt der Deutsche Bundestag den möglichst schnellen Beginn von konkreten Statusverhandlungen für den Kosovo, sobald ein Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Ibrahim Rugowa gewählt ist. Mit diesen Verhandlungen setzt die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) ihren Auftrag aus der UN-Sicherheitsresolution 1244 (1999) in die Tat um, einen politischen Prozess zu ermöglichen, der den zukünftigen Status bestimmen soll.

Der Deutsche Bundestag befürwortet einen zügigen Verhandlungsverlauf und eine endgültige Entscheidung des UN-Sicherheitsrats über den endgültigen Status des Kosovo auf der Grundlage der erreichten Verhandlungsergebnisse bis Ende 2006.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Engagement der Kontaktgruppe (Deutschland, Frankreich, Italien, Russland, Großbritannien, USA und EU) und erwartet eine gute Kooperation aller Kontaktgruppenmitglieder im Rahmen des Verhandlungsprozesses.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich weiterhin zur europäischen Verantwortung für die Region und unterstützt den Beschluss des Europäischen Rates von Thessaloniki, der europäischen Perspektive der westlichen Balkanstaaten, die uneingeschränkt Teil der EU sein werden, sobald sie die festgelegten Kriterien erfüllen. Er bekräftigt die deutsche Bereitschaft, sich weiterhin im Rahmen der Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) an der Kosovo Force (KFOR) zu beteiligen, solange eine militärische Präsenz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Kosovo erforderlich ist.

Der Deutsche Bundestag hält mit Nachdruck fest an der Einhaltung der von der UNMIK definierten Standards als Grundlage jeder zivilisierten und demokratischen Gesellschaft.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt uneingeschränkt das Ziel eines ethnisch vielfältigen Kosovo. Deshalb bleibt die Schaffung gleicher, sicherer Lebensbedingungen für alle Ethnien inklusive des Rechts auf Rückkehr für alle Flüchtlinge im Kosovo vordringliche Aufgabe. Dies muss sich auch in einer endgültigen Statusregelung für den Kosovo widerspiegeln. Der Deutsche Bundestag befürwortet eine stärkere Dezentralisierung im Kosovo mit dem Ziel, bürgernahe und funktionsfähige politische Strukturen zu schaffen. Die Schaffung politischer Strukturen entlang ethnischer Grenzen wird vom Deutschen Bundestag strikt abgelehnt. Weitere dysfunktionale Strukturen auf dem Balkan dürfen nicht entstehen. Jedoch muss ein endgültiger Status wirksame Verfassungsgarantien für den Schutz von Minderheiten und ihre wirksame Beteiligung an der Zentralregierung vorsehen. Es muss sichergestellt sein, dass auch nach einer Statusregelung alle im Kosovo verantwortlichen Organe bereit sind, effektiv bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus mitzuarbeiten. Es muss sichergestellt sein, dass der künftige Status des Kosovo die territoriale Integrität aller anderen Staaten der Region dauerhaft respektiert und durch die Statusregelung keine Sicherheitsbedrohung für die Nachbarn entsteht.

Am Ende der Verhandlungen muss es zu einem völkerrechtlich verbindlichen Beschluss über den Status des Kosovo kommen. Dieser Beschluss darf – auch wenn naturgemäß nicht alle Forderungen der Beteiligten erfüllt werden können – nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Der Deutsche Bundestag betont ausdrücklich die Bedeutung einer öffentlichen Diskussion über den Verhandlungsprozess und mögliche Kompromissergebnisse sowohl in Serbien als auch im Kosovo. Er unterstützt alle Bemühungen, zwischen beiden Seiten ein vertrauensvolles und konstruktives Verhandlungsklima zu schaffen. Auch über die Statusverhandlungen hinaus sollte zwischen beiden Seiten ein umfassender und intensiver Dialog über alle offenen bilateralen Fragen verstärkt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich im Rahmen der Kontaktgruppe für einen konstruktiven Verhandlungsverlauf einzusetzen,
- sich für die weitere Implementierung der von der internationalen Gemeinschaft definierten Standards einzusetzen, als Grundvoraussetzung für die Heranführung des Kosovo an die Europäische Union,
- sich dafür einzusetzen, dass bis zum Ende 2006 auf der Grundlage der bis dahin erzielten Verhandlungsergebnisse eine Sicherheitsratsresolution über den endgültigen Status des Kosovo beschlossen wird,

- alle Staaten der Region auf ihrem Weg nach Europa konstruktiv zu unterstützen und wo immer möglich die intraregionale Zusammenarbeit in der Region zu fördern.

Berlin, den 7. Februar 2006

Dr. Rainer Stinner

Dr. Karl Addicks

Christian Ahrendt

Uwe Barth

Rainer Brüderle

Angelika Brunkhorst

Ernst Burgbacher

Patrick Döring

Mechthild Dyckmans

Jörg van Essen

Otto Fricke

Paul K. Friedhoff

Horst Friedrich (Bayreuth)

Hans-Michael Goldmann

Miriam Gruß

Joachim Günther (Plauen)

Dr. Christel Happach-Kasan

Elke Hoff

Birgit Homburger

Dr. Werner Hoyer

Hellmut Königshaus

Gudrun Kopp

Jürgen Koppelin

Heinz Lanfermann

Harald Leibrecht

Michael Link (Heilbronn)

Markus Löning

Horst Meierhofer

Patrick Meinhardt

Jan Mücke

Burkhardt Müller-Sönksen

Dirk Niebel

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Detlef Parr

Cornelia Pieper

Gisela Piltz

Jörg Rohde

Frank Schäffler

Marina Schuster

Dr. Max Stadler

Carl-Ludwig Thiele

Florian Toncar

Christoph Waitz

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Volker Wissing

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

